

## A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Ralf Seekatz (CDU)  
– Drucksache 17/343 –

### Gewalt gegen Rettungskräfte in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/343** – vom 5. Juli 2016 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. In wie vielen Fällen sind Rettungskräfte in Rheinland-Pfalz seit 2010 während eines Einsatzes Opfer einer Straftat geworden (bitte jeweils nach Jahren sowie Opfergruppe [Feuerwehrleute, Rettungssanitäter, Notärzte und Mitarbeiter des Katastrophenschutzes] getrennt aufschlüsseln)?
2. Um welche Straftatbestände handelte es sich dabei im Einzelnen (bitte jeweils nach Straftatbeständen und Jahren sowie Opfergruppe [Feuerwehrleute, Rettungssanitäter, Notärzte und Mitarbeiter des Katastrophenschutzes] getrennt aufschlüsseln)?
3. Hält die Landesregierung den tatsächlichen Schutz von Rettungskräften für ausreichend?
4. Hält die Landesregierung den strafrechtlichen Schutz von Rettungskräften für ausreichend?
5. Welche Ursachen liegen der steigenden Gewaltbereitschaft zugrunde?
6. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung seit 2010 ergriffen, um Rettungskräfte in Rheinland-Pfalz besser vor gewalttätigen Übergriffen zu schützen?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 25. Juli 2016 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Eine Darstellung von Straftaten, die sich gegen bestimmte Berufsgruppen richten, ist grundsätzlich erst seit 1. Januar 2011 mit Einführung einer erweiterten Opfererfassung in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) möglich. Entsprechend beschränkt sich die nachstehende Darstellung auf den Erfassungszeitraum 1. Januar 2011 bis 30. Juni 2016. Bei den Rettungsdiensten werden als Opfer nur Angehörige der Feuerwehr gesondert, alle anderen unter der Sammelbezeichnung „sonstige Rettungsdienste“ statistisch erfasst. Demnach ist eine separate Auswertung von Straftaten zum Nachteil von „Rettungssanitätern“, „Notärzten“ und „Mitarbeitern des Katastrophenschutzes“ nicht möglich. Die berufs- oder tätigkeitsbezogene Opfereigenschaft wird zudem nur bei den sogenannten Opferdelikten in der PKS erhoben. Bei Opferdelikten handelt es sich grundsätzlich um Straftaten, bei denen sich die strafbare Handlung unmittelbar gegen das Opfer und dessen höchstpersönlichen Rechtsgüter wie Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit, Ehre oder sexuelle Selbstbestimmung richtet. Die Erfassung dieser Delikte setzt voraus, dass die Tatmotivation in den berufsbezogenen Merkmalen begründet ist oder in Beziehung dazu steht. Das Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen muss demnach erkennen lassen, dass die Tathandlung alleine oder zumindest auch durch das vorliegende berufsbezogene Merkmal veranlasst war. Es ist zudem darauf hinzuweisen, dass unterjährige Tabellenwerte grundsätzlich vorläufiger Natur sind. PKS-Datensätze unterliegen im laufenden Berichtsjahr Datenqualitätsprüfungen, was sich in vielfältiger Weise auf den Datenbestand auswirken kann.

Die nachfolgende Tabelle bildet die Gruppe Feuerwehrleute, sonstige Rettungsdienste und den Gesamtwert beider Berufsgruppen ab. Zu den jeweiligen beiden Gruppen sind nachrangig die einzelnen Delikte aufgeführt. Die Entwicklung wird im Fünf-Jahresvergleich zu dem Jahr 2015 dargestellt.

erfasste Fälle mit Opfererfassung Rettungsdienst	Jan - Jun 2016*	2015	2014	2013	2012	2011	Entwicklung 2015 zu 2011	
							absolut	in %
<b>Rettungsdienste insgesamt,</b> davon	46	87	102	76	58	59	28	47,5
<b>Feuerwehrleute insgesamt,</b> davon	5	7	11	9	8	12	-5	-41,7
Körperverletzung insgesamt, davon	3	5	8	4	6	9	-4	-44,4
vorsätzliche einfache Körperverletzung	1	2	3	3	3	7	-5	-71,4
gefährliche Körperverletzung	2	2	4	1	3	2	-	-
fahrlässige Körperverletzung	-	1	1	-	-	-	1	-
Bedrohung	-	-	1	1	-	-	-	-
Nötigung	1	2	2	4	2	1	1	100,0
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	-	-	-	-	-	1	-1	-100,0
Körperverletzung im Amt	-	-	-	-	-	1	-1	-100,0
Nachstellung (Stalking)	1	-	-	-	-	-	-	-
<b>sonstige Rettungsdienste</b> <b>insgesamt, davon</b>	41	80	91	67	50	47	33	70,2
Körperverletzung insgesamt, davon	29	61	71	53	38	36	25	69,4
vorsätzliche einfache Körperverletzung	25	53	66	41	31	27	26	96,3
gefährliche Körperverletzung	3	5	5	9	5	8	-3	-37,5
fahrlässige Körperverletzung	1	3	-	2	2	1	2	200,0
Bedrohung	8	14	13	7	5	5	9	180,0
Nötigung	3	5	6	4	5	3	2	66,7
Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer §§ 249-252, 255, 316a StGB	-	-	-	1	1	3	-3	-100,0
Nachstellung (Stalking)	-	-	1	1	-	-	-	-
Vergewaltigung oder sexuelle Nötigung (sonstige)	-	-	-	-	1	-	-	-
Exhibitionistische Handlungen	1	-	-	-	-	-	-	-

\* Es ist darauf hinzuweisen, dass unterjährige Tabellenwerte grundsätzlich vorläufiger Natur sind. PKS-Datensätze unterliegen im laufenden Berichtsjahr Datenqualitätsprüfungen, was sich in vielfältiger Weise auf den Datenbestand auswirken kann.

Im Betrachtungszeitraum von 2015 zu 2011 ist ein Anstieg der Straftaten gegen Rettungsdienste insgesamt um 28 Fälle bzw. 47,5 Prozent auf 87 Straftaten zu verzeichnen. Die Fallzahl im ersten Halbjahr 2016 liegt in diesem Bereich bei 46 Straftaten. Die Straftaten zum Nachteil von Feuerwehrleuten bewegen sich gegenüber den Straftaten zum Nachteil von sonstigen Rettungskräften auf deutlich niedrigerem Niveau. Im Vergleichszeitraum 2015 zu 2011 gingen die zum Nachteil von Feuerwehrleuten verübten Straftaten um fünf Fälle bzw. – 41,7 Prozent auf sieben Fälle zurück (erstes Halbjahr 2016: fünf Straftaten). Im Gegensatz hierzu stiegen die verübten Straftaten gegen sonstige Rettungskräfte im Betrachtungszeitraum 2015 zu 2011 um 33 Fälle bzw. 70,2 Prozent auf 80 Straftaten (erstes Halbjahr: 41 Fälle). In beiden Berufsgruppen ist ein Schwerpunkt bei den Rohheitsdelikten, insbesondere bei der vorsätzlichen einfachen Körperverletzung, erkennbar. Ebenso stechen die Fallzahlen im Bereich der Bedrohung gegen sonstige Rettungsdienste hervor.

Zu Frage 3:

Ja. Die Landesregierung nimmt den Schutz der ehrenamtlichen und hauptberuflichen Rettungskräfte sehr ernst. Das Land Rheinland-Pfalz unterstützt die zuständigen Kommunen und Institutionen bei ihrer Präventionsarbeit. Beispielsweise werden Feuerwehrführungskräfte an der Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Koblenz in Hinblick auf ihre rechtskonformen Eingriffsmöglichkeiten geschult und so die Handlungssicherheit gestärkt. Eine aktuelle Abfrage bei den Landesverbänden der Hilfsorganisationen im Rettungsdienst, den sonstigen Einrichtungen im Rettungsdienst und den örtlichen Rettungsdienstbehörden hat ergeben, dass der tatsächliche Schutz der Einsatzkräfte insgesamt als ausreichend angesehen wird.

Zu Frage 4:

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass es diese Frage zu prüfen gilt. Aufgrund dessen wurde der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz mit einstimmig gefasstem, auch von Rheinland-Pfalz mitgetragenen Beschluss der Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und Justizminister vom 1./2. Juni 2016 hierum ersucht.

Zu Frage 5:

Aufgrund der Komplexität des Sachverhaltes und des Mangels an belastbaren Daten über das Einsatzgeschehen mit Gewalt gegenüber Rettungskräften ist die Bewertung möglicher Ursachen äußerst schwierig. Die Gewalt gegenüber Rettungskräften von Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst wird in unserer Bevölkerung kritisch wahrgenommen; gleichzeitig steigt die Sorge dieses Personenkreises mit Gewaltsituationen konfrontiert zu werden. Eine aktuelle Abfrage bei den Landesverbänden der Hilfsorganisationen im Rettungsdienst, den sonstigen Einrichtungen im Rettungsdienst und den örtlichen Rettungsdienstbehörden hat ergeben, dass die vereinzelt vorkommenden Gewalterfahrungen in Einsatzsituationen sich häufiger in urbanen Verdichtungsräumen zeigen. Die beobachteten Einzelfälle zeigen darüber hinaus, dass Gewalt gegenüber dem Einsatzpersonal im Rettungsdienst häufiger im Kontext mit Alkohol- und Drogenkonsum sowie bei psychiatrischen Erkrankungen vorkommt. Entsprechende Befunde finden sich auch in wissenschaftlichen Arbeiten zum Thema „Gewalt gegen Rettungskräfte“.

Zu Frage 6:

In den vergangenen Jahren wurden die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rettungsdienst im Rahmen der landesweit einheitlichen rettungsdienstlichen Pflichtfortbildung entsprechend geschult. Diese Schulung beinhaltet die theoretischen und rechtlichen Hintergründe, ein Deeskalationstraining und die praktische Selbstverteidigung von Rettungskräften und wurde in Zusammenarbeit mit der Polizei konzipiert. Darüber hinaus erfolgen regelmäßig regionale Unterweisungen, in denen auf örtliche Besonderheiten eingegangen wird. Die Schwerpunkte bei diesen Maßnahmen sind Deeskalation, Selbstschutz und körperchonende Selbstverteidigung. Bei der Ausbildung von Feuerwehrangehörigen und insbesondere von Führungskräften wird die Thematik ebenso aufgegriffen. In der beruflichen Ausbildung der Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter sind Deeskalations- und Kommunikationstraining in Theorie und Praxis fester Bestandteil der Ausbildung.

Der dem „41. Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ vom 1. November 2011 (BGBl. I 2011 Nr. 55 vom 4. November 2011, S. 2130), in Kraft getreten am 5. November 2011, zugrunde liegende Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 15. Oktober 2010 (Bundratsdrucksache 626/10), mit welchem u. a. die Erhöhung des bis dato vorgesehenen Höchststrafrahmens des § 113 StGB von zwei auf drei Jahre, die Ergänzung der strafverschärfenden Regelbeispiele sowie die Ausweitung des Schutzes auf Angehörige der Feuerwehr oder des Rettungsdienstes bei Hilfeinsätzen vollzogen wurde, wurde von Rheinland-Pfalz unterstützt. Die Gesetzentwürfe des Landes Hessen (Bundratsdrucksache 165/15) sowie des Saarlandes (Bundratsdrucksache 187/15) wurden durch das Plenum des Bundesrats am 8. Mai 2015 in die Ausschüsse verwiesen. Die dortigen Beratungen sind noch nicht abgeschlossen.

Roger Lewentz  
Staatsminister

